

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Sachsen & Comp., Nr. 1205

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Gebr. Ansbach, Dresden
und Sachl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: 30 Pf. (einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen)
Nach der Arbeit und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Kompaßzeile 30 Pf., die 90 mm breite Kompaßzeile 1,50 M., für auswärtsige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebühren 40 Proz. Rabatt. Für Telefonbestellung 10 Pf.

Nr. 204

Dresden, Mittwoch den 2. September 1925

36. Jahrg.

Das Moskauer Diktat

Das reuige Geständnis der KPD: Unfre gesamte Politik war falsch!

„Ach wie bald, ach wie bald...“ Ruth Fischer, Maslow und Genossen, die Spigen der KPD, sind auf Moskauer Diktat hin abgesetzt worden. Die Nachricht, die wir vor einigen Tagen wiedergaben, bewahrheitet sich also. Gestern noch auf stolzen Kössen und heute schon sitzen einige Oberdemagogen der KPD in jener Gde für Kollaboranten, in die sie vor kaum 2 Jahren andre hineindrückten. Diese Methode der ewigen Reinigung und Abfärgerei herrscht in der KPD, seitdem sie existiert, und ist ein Ausfluß der Zerfahrenheit der gesamten kommunistischen Politik. Die rote Fahne, das Berliner kommunistische Zentralorgan, verkündet das Ereignis in großer, breiter Aufmachung und gibt den Text eines langen Briefes der Moskauer Exekutive an die Mitglieder der KPD. In diesem Schreiben werden zunächst die politische Haltung und die politischen Leistungen, die sich die deutsche Moskawiter in den letzten Jahren zuschulden kommen ließen, einer scharfen Kritik unterzogen. Es wird eine Aenderung des gesamten Kurzes verlangt, eine Abgabe an die Ultraradikalen, eine Neuorientierung nach den tatsächlichen Verhältnissen und Einstellung auf die wirkliche politische Situation in Deutschland. Auf diesen Pfiff aus Moskau hin erklärt die deutsche KPD für falsch, was sie bis heute für richtig hinstellte und unterwirft sich, ohne mit der Wimper zu zucken, dem die rote Fahne bringt gleichzeitig einen entsprechenden Kurzus des Zentralkomitees der KPD an ihre Genossen. Darin wird die große Schwächung angeklagt und verprochen:

Die Partei muß brechen, endgültig brechen mit einem System, das uns von den großen Massen des Proletariats getrennt und bis zu einem gewissen Grade isoliert hat. Wir sprechen offen aus, daß wir in dieser Beziehung unsere Kurs ändern.

Wahr kann Moskau nicht verlangen oder bloßstellen: Moskau kann alles verlangen, denn es ist ja der russische Kubel, der die KPD im Leben erhält!

Der Moskauer Bannstrahl kommt nicht unerwartet. Schon nach der Reichspräsidentenwahl hatte Sinowjew scharfe Kritik daran geübt, daß die KPD, bei diesem Wahlkampf nicht genügend Sinn für die republikanischen Interessen der deutschen Arbeiterschaft bewies. Auf dem jüngsten Parteitag der KPD suchte sich die Berliner Zentrale dadurch zu retten, daß sie selbst einem „neuen Kurs“ das Wort redete. Worin er bestehen sollte, das ging aus Ruth Fischers Ausführungen nicht hervor. Man kämpfte mit Redensarten gegen die „Ultralinken“, die Kog, Scholem und Genossen. Aber auch nach dem Parteitag blieb der Kampf zwischen der Berliner KPD-Leitung und der Komintern (Zentralkomitee der kommunistischen Internationale in Moskau). Das Diktat und die Absetzung der Frau Wohlfe sind der Schluß des Streites, bei dem von Moskau wirkliche Forderung der Taktik und nicht bloße Redensarten gefordert wurden.

In den Aufzügen, den die rote Fahne bringt, spielt sich das neue Zentralkomitee der KPD, so auf, als sei diese Dekaboulierung der eigenen Politik vor aller Welt ein deutliches Beispiel dafür, wie sehr die kommunistische Partei jede Selbstkritik gestatten könne. Die Berliner Komintern machen hier aus der Not eine Tugend. In der kommunistischen Parteipresse wurde jede Schwächung, jede neue Parolenabstraktion ohne Rücksicht hingegenommen. Wirklich entchiedene Kritiker wurden kaltgestellt!

Der Bannstrahl aus Moskau beweist im Gegenteil, daß der KPD, die Kräfte fehlten, ihre Illusionspolitik aus eigenen Entschluß zu ändern. Mit dieser neuesten Auschwankung, die nach rechts zielt, möchte die dritte Internationale den Zerfassungsprozess aufhalten, der in der deutschen KPD, namentlich im letzten Jahre ein beachtliches Tempo angenommen hat. Auch das wird sich als Illusion erweisen.

Das Moskauer Diktat fordert eine riesige Einschüpfung der tatsächlichen Verhältnisse und Berücksichtigung der realen Situation durch die gesamte Politik der KPD. Meinten es die Kommunisten jedoch ernst damit und wollten sie die Fäden nicht von neuem vor den Taktischen verwickeln, so müßte ihr Weg zurückführen auf den Boden des deutschen Sozialismus. Mit neuen Parolen und in läßt sich auch der Teil der deutschen Arbeiterschaft, der über zwischen SPD und KPD, stand, nicht mehr führen, und bloße politische Konter des Einverleibungs-Games die deutsche Arbeiterbewegung zwar aufhalten oder verplüßtern, aber nicht unter die Fahne des Kommunismus bringen. Das hat die Entwicklung in Deutschland

den kommunistischen Demagogen eigentlich schon hinreichend bewiesen. Es wird Zeit, daß es endlich die kommunistische Arbeiterschaft begreift.

Der Brief der Exekutive

Das Dokument, in dem die Absetzung Ruth Fischers und Maslows von der Exekutive verfügt wird, hat eine Bedeutung, die über den Tag hinausreicht. Wer nicht bewohnt ist, kommunistische Theorien und Paradedokumente zu verfolgen, wird sich in diesem Briefe nicht zurechtfinden. Es ist aber nötig, einige Kernstellen herauszuküden, weil dem kommunistischen Anhang erleichtert werden muß das gescheiterte Experiment der kommunistischen Sonderorganisation mit klaren Augen zu sehen. Wir geben deshalb einige besonders markante Stellen wieder:

Das Eingeständnis des Bankrotts

So verhängen sich die schwarzen Verläste, die unsere Partei im letzten Jahre auf allen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit eilte. Während die Opposition auf dem letzten KPD-Kongress (1923) 88 Delegierte zählte, ist sie auf dem diesjährigen Kongress nur durch zwei Delegierte vertreten. Wir haben eine Reihe von Zählstellen und Zentralkomitees verloren. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch ideologisch und vor allem organisatorisch ist unser Einfluß auf die mehr als 80 Prozent parteilosen Mitglieder aufs härteste zurückgegangen.

Die Parteileitung verstand es nicht, auf die neuen Erscheinungen zu reagieren, vor allem nicht, sie für unsere Gewerkschaftsarbeit auszuwerten.

Die Gefahr ist in der KPD, um so größer, als alle ideologischen Richtungen und Schattierungen ohne jede Ausnahme nach Platz der Wirkung sozialdemokratischer, westeuropäischer, transnationalen unterliegen. Jede bisherige Abweichung von der kommunistischen Politik begann in Deutschland mit einer Abkehr gegen Gewerkschaft, die KPD, die Komintern. Die siebenjährigen Erfahrungen der deutschen Revolution lehren, daß alle bezüglichen Abweichungen, ganz gleichgültig ob sie rechts oder links markiert waren, sich entweder direkt zur Sozialdemokratie entwickelten oder faktisch ein Vakuum mit ihr eingingen. Das gilt für die KPD, für Pöhl, für Brückner, für einige Brandenburger, für die Schumacher-Gruppe usw. Der Einfluß der Kommunisten in den Betrieben ist in der letzten Zeit jäher geworden, was wir uns nicht zu verheimlichen brauchen.

Neben wir weniger über, daß die kommunistische Partei Deutschlands die einzige Arbeiterpartei ist, handeln wir um so mehr, denn durch unermüdete Arbeit innerhalb der breiten Massen in den Betrieben die Mehrheit der Arbeiterschaft für uns gewonnen wird.

Der Schwindel der Einheitsfront

Der fünfte Weltkongress stellte zum ersten Male die Lösung der internationalen Gewerkschaftsfrage in die Tagesordnung. Er betrachtete diese neue Lösung als Grundelement

unser bolschewistischer Strategie, deren nächstes Ziel die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft ist.

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften ist ein Bestandteil der bolschewistischen Strategie gegenüber der Mehrheit der internationalen Arbeiterklasse. Wer sie nicht begriffen hat, konnte und kann die gesamte weltpolitische Konstellation der Gegenwart nicht richtig einschätzen und noch weniger die Taktik der Komintern in eigenen Lande mit ganzer Kraft durchführen. — Der Drang der Arbeiter zur Einheit der Gewerkschaften muß möglichst bald zur Heranbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften herbeigeführt werden.

Späte Einsicht — Gegen die Komintern

„Um wirklich einen Zugang zu den besten Teilen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu finden, muß man den Kampf aufnehmen gegen jene Organe, die aus der Zeit kommen, wo der Kampf mit der Waffe in der Hand geführt wurde. Den größten Schaden für die Sache der Arbeiterschaft bringen s. B. Fälle von gegenseitigen Schwägerungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten (auf Veranlassungen, unter der Jugend usw.), die durch die Schuld der Sozialdemokraten, mitunter aber auch nicht ohne Schuld der Kommunisten, bis auf den heutigen Tag noch fortwähren.“

Was sie erst lernen müssen

Die Kommunisten müssen verstehen lernen, in den Gewerkschaften die beste, energiegelaste, sachliche Arbeit zu leisten, sie müssen der Parteileitung und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern durch Anschauungsunterricht beweisen, daß sie als Bolschewisten zugleich aktive Gewerkschafter zu sein verstehen. Unseren Forderungen in den Gewerkschaften entspricht damit eine Reihe von Aufgaben: wirkliches Eindringen in das Gewerkschaftsleben, intensives Studium der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge (Kongresswesen, Wirtschaftskongress, Lage der Industriezweige, Besonderheiten der Wirtschaftskongresse usw.), Heranbildung einer klaren und sachkundigen Tarif- und Sozialpolitik, Führung von Arbeitskämpfen, insbesondere Streikstrategie, Stellung zu allen Organisationsfragen der Gewerkschaften, Kampf für die Industriearbeiter, besondere Berücksichtigung der Rolle und der Aufgaben der Betriebsräte, Vertretung der Interessen der Arbeiterjugend innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiterinnen usw.

Die unfehlbare Exekutive

Wir sind jetzt überzeugt, daß die kommunistischen Arbeiter Deutschlands sehr rasch erkennen werden, daß auch in dem gegenwärtigen Kampf um den innerpolitischen Kurs der KPD, um ihr Verhältnis zur Komintern, um ihr Verhältnis zu den deutschen Arbeitermassen, um ihr Verhältnis zur leninistischen Theorie die Komintern unbedingt recht hat, während die Gruppe Maslow-Ruth Fischer in allen diesen Fragen unbedingbar Unrecht hat.

Es mangelt in der Partei an der Kontrolle von unten, d. h. durch die Mitgliedschaft der Partei. Gleichzeitige Kämpfe die führende Gruppe fortgesetzt gegen die Kontrolle von oben, d. h. durch die Exekutive der Komintern. Auf diese Weise wurde ein

Peter Spahn †

Reichstagsabgeordneter Peter Spahn ist heute in Bad Nauheim verstorben

Der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn, der im Alter von 79 Jahren verstorben ist, war einer der letzten Führer seiner Partei, die schon in der Grenzzeit des Zentrums, der Zeit der Windthorst, Schorlemer-Nils, Reichensperger, Frandenstein, Gröber, Trimborn, ihre parlamentarischen Sporen verdient haben.

Peter Spahn, dessen Wiege in dem Dörfchen Winkel im Rheingau gestanden hat, schlug die juristische Laufbahn ein und war der Reihe nach Amtsrichter, Landrichter, Oberlandesgerichtsrat, Reichsgerichtsrat, Oberlandesgerichtspräsident. Von 1917 bis zur Revolution war er preussischer Justizminister. In den Jahren von 1882 bis 1888 gehörte er dem Preussischen Abgeordnetenhaus, von 1884 an bis zu seinem Ableben mit kurzer Unterbrechung dem Deutschen Reichstag an.

In Nekrologen wird dahingegangenen Politikern nicht selten zu Unrecht nachgerühmt, daß sie zwar Gegner, aber keine Feinde gehabt hätten. Für Peter Spahn trifft dieses Wort zu. Die Ehrlichkeit seiner Überzeugung und die Lebenswürdigkeit seines Wesens trugen im gleichen Maße dazu bei, daß auch der erbitterteste politische Gegner ihm Hochachtung entgegenbrachte.

In den letzten Monaten war Peter Spahn durch Krankheit von der Teilnahme an den Parlamentsverhandlungen abgehalten. Wir glauben nicht, daß er es mit seinem Willen, Gerechtigkeit zu üben, in Einklang gebracht haben würde, die Opposition bei der Beratung des Zolltarifs in einer allen Anstands- und Rechtsbegriffen entsprechenden Weise zu verweigern.

Nach der Katastrophe von 1918 erkannte er klar, daß ein Wiederaufbau Deutschlands nur auf republikanischer und demokratischer Grundlage möglich sei. Und er, der infolge seiner vorzüglichen, zurückhaltenden, patriotischen Art gegen den fürmischen, polternden, Kleinbürgerlichen Erzberger eine persönliche Abneigung hatte, stellte sich gleichwohl entschlossen an seine Seite und arbeitete am Bau des neuen Deutschlands.

Blutiger Kampf bei einer Verhaftung

SPD, Erfurt, 2. September. (Eig. Funkdruck.) Am Montagabend wurde der Leiter der politischen Abteilung der Erfurter Polizei, Geipel, erschossen, als er vor der Hauptpost eine Verhaftung vornehmen wollte. Auch ein Justizwachmeister wurde durch einen Schuß schwer verletzt. Der Täter wurde schließlich von einem dritten Polizeibeamten niedergeschossen und brachte sich darauf noch selbst einen schweren Bauchschuß bei.

Was wird mit Wofful?

S. London, 1. September. (Eig. Draht.) Leber der diesjährigen Völkerbundsversammlung in Genf schwebt als eines der besetzten Probleme die Woffulfrage. Der englische Außenminister Chamberlain wird eine Erklärung von größter Wichtigkeit über Wofful abgeben. In dem Bericht des vom Völkerbund eingesetzten Untersuchungsausschusses heißt es, daß England entweder sein Mandat über den Irak auf 25 Jahre ausgedehnen habe — es würde dann Wofful dem Irak zugeteilt werden —, oder aber Wofful würde der Türkei zugesprochen werden. Man nimmt an, daß sich England für die Ausdehnung des Mandats erklären wird. Dann rechnet man aber mit einem heftigen Widerstand der Türkei, und man wird auf der Genfer Konferenz scharfe englisch-türkische Auseinandersetzungen erleben. Chamberlain wird in Genf mit dem türkischen und polnischen Außenminister die Frage der Schiedsverträge besprechen.

Amerikanischer Bergarbeiterstreik

VC. New York, 1. September. (Eig. Draht.) Der amerikanische Bergarbeiterstreik, der in der Nacht zum Dienstag um 12 Uhr ausgebrochen ist, betrifft 828 Schächte und 372 Bergbauunternehmungen, die 130 verschiedenen Gesellschaften gehören. 153 000 Bergarbeiter sind daran beteiligt. Die Arbeitseinstellung soll sich ohne Reibungen, die man nimmt, daß auch in Zukunft Ausdehnungen unterbleiben, da die Gewerkschaft der Bergarbeiter auf das Ausstellen von Streikposten verzichtet hat. Der Chairman der Bundes-Kohlenkommission, Swan Scott Hammond, fordert jetzt eine Intervention der Regierung. Sie solle die Regelung der Verhältnisse in der Grubenindustrie übernehmen.